



Stadtplanung in Sachsen-Anhalt – Status Quo und Strategie

Erklärung der Architektenkammer Sachsen-Anhalt zur Planung in Stadt und Land – eine Positionsbestimmung (Langfassung)

Wachsende Anforderungen einer zunehmend komplexeren planerischen Aufgabenstellung verlangen auch vom Berufsstand der Stadtplaner neue Formen der interdisziplinären und überlokalen Zusammenarbeit. Nicht nur die zunehmende Präsenz international operierender Investoren und Auftraggeber erfordert eine Weiterentwicklung der professionellen Organisation, um die Chancen des erweiterten Planungsmarktes wahrnehmen zu können. Auch die Vielfalt der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse verlangt neue Antworten zu Inhalt und Ausrichtung der Planungspraxis in den kommenden Jahren. Dabei verstehen es die überwiegend kleinteilig strukturierten Planungsbüros in Sachsen-Anhalt immer besser, auf Basis starker Netzwerke neue Modelle der Kooperation zu entwickeln, um dem Trend zur Konzentration von Planungsleistungen in großen, überregional operierenden Büros und deren wachsender Dominanz auf dem Markt ihre lokale Kompetenz entgegenzusetzen.

In den planenden Verwaltungen erfordern die neuen Aufgabenstellungen eine konsequente Überwindung bisherigen Ressortdenkens; die mit dem Abbau der Personalkapazitäten einhergehende Auslagerung von öffentlichen Planungsleistungen (und damit häufig eintretende Verluste von Planungskompetenz) in den privatwirtschaftlichen Bereich verlangt von den Planenden in den Verwaltungen zunehmend mehr Planungssteuerungsleistungen, die nur mit der umfassenden Integration einer Vielzahl von Planungs determinanten zu bewältigen sind.

Dabei wird es immer schwieriger eine nachhaltig organisierte Raumnutzung abzusichern, auch, da die für eine qualitativ hochwertige Planung gebührende gesellschaftliche Anerkennung, die Auskommen und Einflussmöglichkeiten der Stadtplaner gewährleisten muss, im Rahmen der Haushaltspolitik derzeit unterbewertet wird.

In Zeiten zunehmender Ausdifferenzierung der Gesellschaft, global vernetzter Wirtschaftsstrukturen und einem immer umfangreicher werdenden Regelwerk für das stadtplanerische Handeln ist es wesentlich, durch das ressortübergreifende Know-how der Stadtplaner gesellschaftspolitisch verantwortbare Planung beizubehalten. Die "Ethik" der Planung droht auf "Beihilfen" zur Durchsetzung von Einzelzielen verkürzt zu werden und den Maßstab gesellschaftsverantwortlicher Legitimität aus den Augen zu verlieren. Auch wird die sich noch unbestimmt abzeichnende ökonomische Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur bedingt eine Konjunktur öffentlicher Planung auslösen. Die ökonomische Basis von Stadtplanung in Sachsen-Anhalt wird sich somit noch stärker vom öffentlichen Sektor in den privaten Sektor verlagern. Es besteht die Gefahr, dass hierdurch die kommunale Planungshoheit untergraben wird und das gesamtgesellschaftliche Interesse an einer ausgewogenen städtebaulichen Entwicklung ins Hintertreffen gerät.

Die Stadtplaner in Sachsen-Anhalt haben in den Jahren seit der politischen Wiedervereinigung einen hoch anerkennenswerten Beitrag zum Wachstumsprozess in unserem Bundesland geleistet und damit die Bruttowertschöpfung, das Investitionsklima und die sich aus den unterschiedlichen regionalen Identitäten ergebenden Chancen für Kommunen und Investoren nachhaltig positiv beeinflusst. Die gesellschaftliche Realität ist jedoch nicht mehr von stetigem Wachstum geprägt. Doch gerade auch in Zeiten des demografischen Wandels oder der Notwendigkeit, Siedlungsräume nachfragegerecht

anzupassen, kommt den Aufgaben von Stadtplanung mit öffentlicher ökonomischer Basis im Interesse einer nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung entscheidender Wert zu.¹

Daher wenden wir uns gegen ein auf Landesebene zunehmend wahrnehmbares Planungsverständnis, welches sich aus den Interessen einzelner ökonomischer bzw. gesellschaftlicher Akteure ableitet. Stadt- und Regionalplanung muss die Chance erhalten, Landespolitik konkret auszugestalten. Dabei ist, wie in der Vergangenheit auch und für die Zukunft noch viel mehr, zu berücksichtigen, dass Planung einen weitreichenden Abwägungshorizont umfasst. Ein herausragendes Beispiel mit Demonstrationswirkung bis auf Bundesebene war (ist) der Stadtumbauprozess. Darüber hinaus müssen Planungsentscheidungen "im Raum" heute mehr denn je zumindest auch den europäischen Kontext mit einbeziehen.

Diesem Qualitätsanspruch und dem immer noch allgemein gültigen Anspruch an den Staat als Sachwalter eines demokratisch legitimierten Gemeinwohls steht eine zu unkritische Deregulierung entgegen. Begleitet von einem Abbau gesellschaftlicher Kontrollmechanismen (Beschleunigungs- und Vereinfachungsgesetze) nimmt die Durchsetzung von Partialinteressen in den Kernfeldern staatlicher Steuerung zu: Die Privatisierung staatlichen Handelns macht somit auch vor der Stadtplanung nicht halt. Politisch motivierte Bestrebungen zur weiteren Deregulierung erfordern insofern ein viel größeres Augenmerk auf fachliche Professionalisierung öffentlicher wie privater Planungsakteure.

Wenn das Kernziel verantwortlichen Planens, die Organisation einer nachhaltigen Raumnutzung auf den unterschiedlichen Ebenen, nicht aus dem Blick geraten soll, ist es daher erforderlich, politische Rahmensetzungen zu schaffen, in denen sich Stadtplanung ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung demokratisch legitimiert beweisen kann. Hierzu gehört, dass die gesellschaftlichen Akteure, welche Planung auslösen, eine entsprechende finanzielle Ausstattung erhalten, um die Kontinuität laufender Stadtentwicklungsprozesse im Land nicht zu gefährden. Die durch den Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalt und die Regionalen Entwicklungspläne vorgegebenen Zielstellungen verantwortungsbewusst auszugestalten und dabei bis herunter auf die Quartiersebene starke und tragfähige Kooperationen, mit Blick auf eine partizipative und sozial verantwortliche Planungskultur zu erreichen, setzt eine solide Finanzausstattung der Planungsträger im Land voraus. Ist diese nicht gegeben, reduziert sich Stadtplanung auf eine bloße Überwindung von Realisierungswiderständen ohne qualitativen Anspruch.

Umso mehr ist es wichtig, durch die Formulierung professioneller Qualitätsstandards ggf. auch Zertifizierungskriterien zu erarbeiten, die es Stadtplanerinnen und Stadtplanern mit ausgeprägter fachlicher Kompetenz und hoher sozialer, politischer Verantwortlichkeit ermöglichen ihren Beruf in gesellschaftlicher Verantwortung auszuüben. Hierzu hat die Architektenkammer in der Vergangenheit sich sowohl in Fragen der akademischen Ausbildung, der Anerkennung berufsbefähigender Qualifikationen und im Ringen um angemessene Honorarkonditionen eingebracht.

Da das Politikziel in Sachsen-Anhalt die Förderung nachhaltig strukturierter Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsprozesse sein muss, sind in den Haushaltsdiskussionen die entsprechenden Ausstattungen für die relevanten Planungsträger prioritär abzusichern, um Weichenstellungen für eine auskömmliche Finanzausstattung, im Sinne des öffentlichen Gemeinwohls für das Land vorzunehmen. Hierzu zählt insbesondere auch die finanzielle Absicherung einer qualifizierten Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen. Gleichzeitig mahnen wir an, auf Bundesebene nicht nachzulassen, eine Gemeindefinanzreform zur langfristigen Stabilisierung öffentlicher Haushalte einzufordern.² Die Stadtplaner der Architektenkammer Sachsen-Anhalt sind gern bereit, die Landesregierung und kommunalen Planungsträger auf ihrem Weg der Themenfindung, Operationalisierung und Schwerpunktsetzungen zu unterstützen.

Erarbeitet von der Fachgruppe Stadtplanung der Architektenkammer Sachsen-Anhalt

¹ s. hierzu u. a. Nachhaltiger und sozial gerechter Stadtumbau – Ein Positionspapier des Deutschen Städtetages zur integrierten Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik, Köln, Oktober 2011

² s. hierzu u. a. Mönchengladbacher Erklärung der SRL, Mönchengladbach, November 2011